

Materialien für Zukunftsszenarien der Bürgergesellschaft



Reinhart Chr. Bartholomäi

Krisen – persönliche, wirtschaftliche und politische – lassen Personen wie Systeme anders zurück als vor ihrem Eintritt. Selbst wenn sie – was die Ausnahme ist – zu keiner mentalen Veränderung der Vorstellungswelt führen, ist diese anschließend jedoch bewusster und reflektierter.

Die Finanzkrise von 2008 ist so ein Einschnitt, von dem später über die Zeit davor und

die Zeit danach gesprochen und geschrieben werden wird. Die Deutungsmuster jetzt schon vorzulegen ist unvorsichtig. In den letzten 100 Jahren sind zu viele Brüche erfolgt und zu viel zu Bruch gegangen, als dass man naiv Prognosen machen kann. Auf der Baustelle für Zukunftsszenarien kann man aber einige Materialien schon heute abladen, ohne Gefahr zu laufen, dass sie während der Bauzeit nicht gebraucht würden.

Ich beginne mit einigen Mentalitätsveränderungen: Die überlegen auftrumpfende Rationalität des ökonomischen Systems sowie seiner Akteure und Interpreten wird für mindestens zwei Generationen öffentlich und wissenschaftlich in Frage gestellt sein. Ökonomie als Leitwissenschaft, die alle Bereiche dominierend durchdringt, wird eine bescheidenere, aber interessante Aspektwissenschaft neben anderen. Für unser Feld der Immobilie heißt das: Dass vorhandene und durchdachte Bewertungsschemata der Immobilienbewertung auch angewendet werden können, wird sich in allen Ländern der Welt durchsetzen.

Die Bedeutung, die Macht und die Verantwortung des politischen Systems und der Justiz werden zunehmen. Der Druck auf den Staat, die Rahmenbedingungen neu zu setzen und so zu justieren, dass die irrationale Seite des Wirtschaftens eingehegt wird, wird bleiben und zu Ergebnissen führen. Das wird das Selbstbewusstsein des politischen Systems als Retter der Wirtschaft erhöhen und seinen geforderten Rückzug aus der Gesellschaft verlangsamen, wenn nicht stoppen. Dass Gemeinwohl nicht mit Gruppen ausgehandelt werden muss, sondern in deren wohlverstandenen Interesse verfügt werden kann, hat für den Staat wieder an Plausibilität gewonnen.

Dass nicht nur die unter demografischen Stress geratene staatliche Alterssicherung, sondern auch die private Vorsorge am Kapitalmarkt keine sichere Bank ist, wird auf Dauer nicht unter dem Teppich gekehrt bleiben. Die schnelle Aktivität der Politik auf die Finanzkrise hat die Furcht vor dem Zusammenbruch der privaten Alterssicherungssysteme mit ihren politi-

schen Folgen zum Paten. Daneben gibt es nicht nur mentale, sondern auch materielle Veränderungen:

- Die massiven staatlichen Stützungsmittel werden die Defizite aller öffentlichen Haushalte in Dimensionen verlängern, die in Friedenszeiten als unvorstellbar galten. Die Debatte über die Gerechtigkeit zwischen den Generationen wird sich verschärfen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bleibt ständig auf der Tagesordnung. Die Steuerbelastung wird nicht sinken können.
- Die Inflationsgefahr wird der eher biederen langlebenden Immobilie bald verzeihen, dass der fahrlässige bis kriminelle Umgang mit ihr die Finanzkrise ausgelöst hat. Der enorme Anlagedruck der privaten Alterssicherungssysteme wird nicht nur die Gewerbe-, sondern auch die Wohnimmobilie bei sehr bescheidenen Renditen wieder interessant machen. Bleibt abzuwarten, ob die öffentliche Hand dann auch ihren Wohnungsbesitz als „systemrelevant“ betrachtet.

Die Szenarienschreiber finden auf ihrer Baustelle Materialien vor, die schon vor der Finanzkrise dort deponiert waren:

- Den stufenweisen Rückgang der Bevölkerung in den meisten Ländern der ersten Welt. Er wird die Abwanderung aus dem ländlichen Raum erzwingen.
- Das absehbare Ende der Nutzung fossiler Energien. Wenn das Verkehrssystem sich nicht auf andere Energiequellen umstellt, wird sich die Landflucht in die Ballungszentren beschleunigen.
- Das Ende der Illusion von den einheitlichen Lebensverhältnissen in Deutschland. Historisch gab es zwar so etwas nie, aber bei nicht zu großen Unterschieden konnten sie vorübergehend staatlich angestrebt werden. Inzwischen sind die Abstände zwischen armen und reichen Regionen allerdings zu groß geworden.

Was immer die Futurologen der Bürgergesellschaft aus dieser Materialsammlung entwerfen werden – eines ist sicher: Politik wird ein schweres und unerfreuliches Geschäft. Die Kommunikation der unpopulären Botschaft „*wer möglichst vieles bewahren will, muss vieles verändern*“ mit den Bürgern kostet Zeit und Nerven und verlangt Überzeugungskraft. Politik braucht dabei Hilfe. Die kommunikative Bürgergesellschaft wird dringend gebraucht.

Reinhart Chr. Bartholomäi
Vorstandsvorsitzender des vhw e.V.